

# Hintergrund-Materialien

13

## Zwischen Gemeinwohl und Profitinteresse

Erfahrungen bei der Teilprivatisierung der  
Wasserwirtschaft in Berlin

## **Inhalt**

Zwischen Gemeinwohl und Profitinteresse .....	2
Ein "Privatisierungsmeisterstück" .....	6
Eine verheerende Bilanz .....	9
Es geht auch anders - Das Beispiel Potsdam .....	13
Geschichte des 1. privaten Wasserunternehmens in Berlin .....	15
Trübe Aussichten - Die Kosten der Wasserprivatisierung für die Natur .....	19
Erläuterungen .....	21
Tabellen .....	24
Literaturangaben .....	26

Autor:  
Hermann Werle  
Politikwissenschaftler und freier Autor  
Berlin, August 2004

Herausgegeben von:  
Brot für die Welt  
Stafflenbergstr. 76  
70184 Stuttgart

[wasser@brot-fuer-die-welt.org](mailto:wasser@brot-fuer-die-welt.org)  
[www.menschen-recht-wasser.de](http://www.menschen-recht-wasser.de)

**Stuttgart, Januar 2005**

## Zwischen Gemeinwohl und Profitinteresse *Erfahrungen bei der Teilprivatisierung der Wasserwirtschaft in Berlin*

**Das Scheitern der Privatisierung städtischer Wasserversorgungssysteme in Entwicklungsländern wie in Manila (Philippinen), Cochabamba (Bolivien) oder Buenos Aires (Argentinien) wird oft mit der Verhandlungsschwäche der dortigen Regierungen, mit ungenügenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und der mangelhaften Regulierungskapazität dieser Länder erklärt. In den Industrieländern dagegen – so eine weit verbreitete Annahme, kommen diese Probleme nicht vor. Die Erfahrungen einer großen Teilprivatisierung in der Metropole eines europäischen Kernlandes, in Berlin, zeigen jedoch, dass viele Problemlagen sehr ähnlich sind, wie zum Beispiel die fehlende Transparenz und der Ausschluss zivilgesellschaftlicher Beteiligung an den Verhandlungsprozessen, die Nicht-Öffentlichkeit der Vertragswerke, der manipulative Umgang mit gesetzlichen Vorgaben und schliesslich die einseitige Vorteilssicherung für die beteiligten Konzerne zu Lasten des öffentlichen Interesses.**

**Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt als Durchführungsorganisation der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit zahlreiche Modernisierungs- und Privatisierungsprozesse von Basisinfrastruktureinrichtungen in den Ländern des Südens. Dabei hätten nach Meinung der GTZ selbst „traditionell als Öffentliche Güter eingestufte Dienstleistungen“ wie die Wasserversorgung ihre „Marktfähigkeit“ bewiesen. Wichtige Erfahrungen für die Beratungsleistungen in den „Entwicklungsländern“ seien in Deutschland bei der Eingliederung der „Neuen Bundesländer“ der ehemaligen DDR gemacht worden. Der folgende Beitrag schildert die Umstände und alarmierenden Ergebnisse rund um eine dieser angeblich Beispiel gebenden Erfahrungen - die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, Europas und Deutschlands grösstem Wasserunternehmen.**

„Auch in Deutschland haben im 19. Jahrhundert zunächst Privatunternehmen die Wasserversorgung und später die Entwässerung aufgebaut“ erläutert der GTZ-Abteilungsleiter und Wasserexperte Stefan Helming in einem Beitrag für die Zeitung „Mitbestimmung“ der gewerkschaftsnahen Hans Böckler Stiftung und fügt hinzu, dass Deutschland über eine „erstklassige Versorgung“ und eine hervorragende Trinkwasserqualität verfüge, und dass das Wasser „24 Stunden am Tag mit immer gleichem Druck und gleicher Beschaffenheit aus dem Hahn“ komme.

Beidem kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Bau und Betrieb der ersten Wasserwerke in deutschen Städten gehen häufig auf das Engagement privater – insbesondere englischer - Gesellschaften zurück, die über das notwendige Kapital und die Erfahrung der Wasserversorgung großer Städte in England verfügten. Helming hat ebenfalls Recht mit der positiven Bewertung der deutschen Wasserversorgung. Der Anschlußgrad der Bevölkerung an die Wasserver- und Entsorgung in Deutschland ist mit 98,6 Prozent sehr hoch und die Wasserqualität braucht keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Was die Wasserwirtschaft in der Bundesrepublik zudem auszeichnet, ist die dezentrale, kommunale Unternehmensstruktur und dass sich bisher lediglich 1,6 Prozent der Wasserbetriebe in vollständig privatem Eigentum befinden.

Was in den Ausführungen des GTZ-Experten fehlt, ist die Erläuterung der Umstände, warum die Verantwortung der Wasserver- und Entsorgung den privaten Unternehmen seinerzeit entzogen und von den Kommunen übernommen wurde. Hier liegt der springende Punkt, denn schlußendlich war die kommunale Übernahme der Wassergesellschaften die entscheidende Voraussetzung für die flächendeckende, erstklassige Wasserversorgung, wie wir sie bis heute vorfinden. Ein Rückblick auf die letzten 150 Jahre der Berliner Wasserversorgung lässt angesichts der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe 1999 den Eindruck entstehen, die Geschichte würde zurück gedreht und historische Erfahrungen seien vergessen.

### **„Die Berliner Rinnen stinken“**

Berlin ist eine ausgesprochen wasserreiche Stadt. An rund 130 Tagen im Jahr regnet es, vier Flüsse durchqueren die Stadt und man muß auch nicht sehr tief graben, um auf Grundwasser zu stoßen. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts stellte die Wasserver- und Entsorgung somit keine besondere Herausforderung für die Menschen in und um Berlin dar. Wer nah am Wasser wohnte, schöpfte es direkt von dort und ansonsten wurden die Menschen durch zahlreiche Brunnen versorgt.

Durch die industrielle Entwicklung der Stadt gab es seit 1815 mehrere Zuwanderungsschübe, so dass Berlin schon um 1877 zur Millionenstadt wurde. Mit dem sprunghaften Anwachsen der Bevölkerung entstanden zunehmend Probleme mit der Entsorgung der Abwässer und die hygienischen Verhältnisse wurden besonders in den Arbeiterquartieren untragbar. Fäkalien wurden per Eimer auf die Flussbrücken transportiert und von dort in die Flüsse ausgekippt oder landeten wie andere Abfälle

in den bis zu 0,8 m tiefen Rinnsteinen, die für die Entwässerung nach Regenfällen angelegt worden waren. 1928 hieß es in einem Rückblick zum 50 jährigen Bestehen der Berliner Stadtentwässerung:

*„Wenn man sich vorstellt, dass alles Schmutzwasser und aller Unrat aus Häusern und Höfen auf die schlecht gepflasterten Straßen gelangte, sich dort mit dem Straßenkot vermengte und in Fäulnis und stinkende Gärung überging, so bekommt man einen Begriff davon, durch welche pestilenzialischen Ausdünstungen die Bewohner der Stadt belästigt wurden.“*

„Die Berliner Rinnen stinken“ war dementsprechend ein geläufiges Wort. Trotz der Androhung hoher Geldstrafen war das Problem der ungenehmigten Entleerung der Fäkalieimer nicht in den Griff zu bekommen und somit auch nicht die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. 1831 kam es zu einer der schwersten Choleraepidemien in Berlin, der 1.426 Menschen zum Opfer fielen, darunter auch der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Der Poet Friedrich Rückert (1788 – 1866) dichtete dazu 1843 folgenden Vers:

*„Der Spree ist's weh, sie kann sich nicht entschließen, in Berlin hineinzufließen, wo die Gossen sich ergießen. Wer mag es ihr verdenken? Sie möchte lieber, wenn sie dürft, umlenken; hindurch doch muß sie schwerbeklommen; sie kommt beim Oberbaum herein rein wie ein Schwan, um wie ein Schwein beim Unterbaum herauszukommen.“*

Die katastrophalen Zustände setzten den Berliner Magistrat zunehmend unter Druck. Diverse Untersuchungen und Vorschläge für eine Lösung der (Ab-)Wasserfrage wurden eingeholt, der Magistrat konnte sich jedoch zu keinem Entschluß durchringen. Schlußendlich wurde durch einen königlichen Erlaß über die Köpfe der Stadtverwaltung hinweg eine Entscheidung gefällt: Die Engländer Fox und Crampton erhielten 1852 den Auftrag, die Stadt Berlin mit fließendem Wasser zu versorgen. Es dauerte nicht mehr als fünfzehn Jahre bis der Magistrat mit allen Mitteln versuchte, den Wasserbetrieb zu übernehmen – und das aus gutem Grund: Das englische Unternehmen war keinerlei Verpflichtung eingegangen, notwendige Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur zu tätigen, so dass vor allem die Abwasserentsorgung weiterhin völlig ungenügend geblieben war. Die wachsende Sorge der Stadtverwaltung um das Allgemeinwohl hatte schließlich zur Folge, dass der Vertrag mit dem englischen Unternehmen gekündigt wurde und damit das erste Kapitel der privaten

Wasserwirtschaft bereits 1873 sein Ende fand (siehe „Zur Geschichte der Wasserwirtschaft in Berlin“). Von nun an wurden die Wasserbetriebe unter städtischer Kontrolle den Bedürfnissen der wachsenden Metropole entsprechend erweitert und technologisch weiterentwickelt.

### ***Das zweite Kapitel privater Wasserwirtschaft in Berlin***

Die Teilung der Stadt Berlin in Folge des Zweiten Weltkriegs führte 1949 auch zur Trennung der Wasserwirtschaft in Ost- und Westbetriebe. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 wurden die getrennten Wasserbetriebe zum 1. Januar 1992 wieder zusammengeführt. Heute versorgen neun moderne Wasserwerke die Stadt mit Trinkwasser, welches aus über 800 Brunnen dem Grundwasser entnommen wird. Durch 7.800 km Rohrleitungen gelangt es schließlich zu den Verbrauchern. Ein Netz von 9.220 km Abwasserkanälen - das entspricht der Entfernung von Berlin bis Peking - gewährleistet die Entsorgung. Über die Kanalisation gelangt das Abwasser zu 146 über das Stadtgebiet verteilten Abwasserpumpwerken, durch die es zu sechs Klärwerken gelangt, die die reinigende Aufgabe der früheren Rieselfelder übernommen haben. Mit dieser gewaltigen Infrastruktur stellen die Berliner Wasserbetriebe (BWB) für rund 3,7 Millionen Menschen eine existentielle Einrichtung dar. Zudem erwirtschaftete das kommunale Wasserunternehmen vor der Teilprivatisierung Jahr für Jahr Millionenbeträge, die als Einnahmen in die Haushaltskasse Berlins gespült wurden.

Es stellt sich also die Frage, warum ein solch gut funktionierender und einträgliches Betrieb verkauft wird. An mangelnder Wasserqualität oder Quantität kann es nicht gelegen haben, die wurde von niemandem in Frage gestellt. Serviceleistungen und Kundenbetreuung gaben ebenfalls kaum Anlaß für Beschwerden. Bleibt das immer wieder zu hörende Argument der leeren Haushaltskassen in Berlin. Das scheint zunächst plausibel, ist aber nicht die eigentliche Ursache.

Die entscheidenden Impulse für den Verkauf der kommunalen Wasserunternehmen sind vielmehr im Expansionsdrang der großen sogenannten Multi Utility-Unternehmen zu finden, die nach immer neuen Anlagemöglichkeiten suchen, sowie in der die globale Ökonomie prägenden Ideologie des sogenannten Neoliberalismus. Demzufolge werden Privatisierung oder Teilprivatisierung seit den 80er Jahren als Modell propagiert und der Staat zieht sich mehr und mehr aus den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück.

Die Vorreiterrolle in Europa nahm Großbritannien ein. Unter Margaret Thatcher wurde die bis dahin kommunale Wasserwirtschaft in Regionalunternehmen zusammengefaßt und bereits 1989 komplett privatisiert. Die Bilanz nach zehn Jahren ist erschreckend: Die Verbraucherpreise haben sich von 1989 bis 1999 durchschnittlich von jährlich 120 auf 242 Pfund verdoppelt, im gleichen Zeitraum gingen rund 9.000 Arbeitsplätze verloren, im Trockenjahr 1995 kam es zu Versorgungskrisen und notwendige Investitionen bleiben aus, so dass auch die Wasserqualität tendenziell abnimmt. Auf der anderen Seite konnten Konzerne wie Severn Trent Water innerhalb von zehn Jahren ihre Gewinne mehr als verdoppeln.

### ***Ein „Privatisierungs-Meisterstück“***

In Berlin wurde die Privatisierung kommunaler Betriebe zunächst unter dem Leitbild des „schlanken Staates“ propagiert, wie es der damalige Finanzsenator Elmar Pie-roth (CDU) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. November 1995 auf den Punkt brachte: „Es geht um Ordnungspolitik und einen schlanken Staat“. In der SPD war die ordnungspolitische Argumentation nicht mehrheitsfähig und der damalige regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) bemerkte sehr treffend: „Bei der SPD kommt man nur über die Spardiskussion an die Privatisierung heran.“ Er sollte Recht behalten. Mit der seit 1996 obersten Finanzverwalterin des Berliner Senats, Annette Fugmann-Heesing (SPD, siehe Kasten), kippte die Stimmung in der SPD. Mit dem angeblichen Sachzwang zum Sparen, gewann die neue Finanzsenatorin in kurzer Zeit die Mehrheit innerhalb ihrer Partei für den gewünschten Privatisierungskurs. Nichts war mehr sicher: Gas- oder Stromversorgung, Messe, Wohnungsbau-gesellschaften oder Krankenhäuser - es wurde alles verkauft, was der privaten Wirtschaft Gewinnen versprach.

„Sie kam, sah und verkaufte“, titelte die Berliner Morgenpost am 16. August 1997: „Annette Fugmann-Heesing wird als Privatisierungssenatorin in die Geschichte Berlins eingehen. Seit die SPD-Politikerin im Januar 1996 das Finanzressort übernommen hat, ist das Tafelsilber nicht mehr sicher. Alte Tabus und Grundsätze der Sozialdemokraten werden mit dem Rechenschieber über den Haufen geworfen.“

In Vorbereitung auf die Privatisierung waren die Wasserbetriebe bereits zum Januar 1994 von einem Eigenbetrieb, bei dem eine private Kapitalbeteiligung nicht möglich ist, in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Dadurch erhielt der

kommunale Betrieb die rechtliche Möglichkeit eigenständigen unternehmerischen Handelns, womit die Voraussetzung für die Teilprivatisierung geschaffen war. Nachdem der SPD/CDU-Senat am 7. Juli 1998 die Teilprivatisierung beschlossen hatte, machte das Berliner Abgeordnetenhaus am 29. April 1999 den Weg endgültig frei. Gegen die Stimmen der Opposition von PDS und Grünen sowie einiger Abgeordneter aus SPD und CDU wurde der Antrag über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe „mit großer Mehrheit angenommen“, wie es im Wortprotokoll zu dieser entscheidenden zweiten Lesung heißt. Während SPD und CDU zuvor die Vorteile der Teilprivatisierung beschworen, stellten im Verlauf der Lesung vor allem PDS- und Grünen-Abgeordnete die negativen Folgen der Teilprivatisierung sowie mögliche Alternativen ausführlich dar: „Es gäbe finanzpolitisch und ordnungspolitisch auch die Alternative einer Konzessionsabgabe“ wie Frau Dr. Schreyer von den Grünen darlegte und ihre Rede mit den Sätzen enden ließ: „Die Privatisierung ist ordnungspolitisch der falsche Weg, weil sie ein privates Monopol schafft, und finanzpolitisch ist es der falsche Weg, und er wird dazu führen, dass die Wasserpreise rapide ansteigen. Und dieser Weg gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen in Berlin.“ Die Abgeordnete Schreyer sollte genauso Recht behalten wie Gerlinde Schermer von der SPD-Minderheit, die bezüglich der absehbaren Preiserhöhungen resümierte: „es kommt nicht so sehr darauf an, die Preise zu kontrollieren, sondern die Profite, die hier herausgezogen werden.“

All diese Mahnungen drangen kaum an die Ohren der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung wurde durch die Zeitungsmeldungen beruhigt, dass es bis 31. Dezember 2003 keine Preiserhöhungen und betriebsbedingte Kündigungen geben würde und dass zudem der Berliner Haushalt durch den Verkaufserlös erheblich entlastet würde. Lediglich die damalige Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ÖTV (jetzt Verdi) hatte im Vorfeld des Verkaufs ihren Protest auf die Straße getragen. Sie organisierte einen Demonstrationzug mit über 7.000 ArbeiterInnen und Angestellten, an dem sich auch Beschäftigte anderer von Privatisierung bedrohter Betriebe beteiligten. Quer durch Berlin führte die Demonstration zur Deutschlandhalle, wo eine Gesamtpersonalversammlung abgehalten wurde. Insbesondere gegen die SPD und ihre Finanzsenatorin Fugmann-Heesing richtete sich die offenkundige Wut der Beschäftigten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Klaus Böger, der sich noch ein halbes Jahr zuvor für den Erhalt der Wasserbetriebe als Anstalt öffentlichen

Rechts ausgesprochen hatte, wurde wegen seines Umschwenkens bei seinem Auftritt vor der Versammlung minutenlang ausgepiffen.

Gegen die große Koalition der Privatisierungsbefürworter aus SPD und CDU hatte der gewerkschaftliche Protest indes zu wenig Druck entwickelt, um alternative Konzepte überhaupt in Position zu bringen. Gesellschaftlich durchgesetzt hatte sich bereits das Bild, dass es keinerlei Alternative zu Privatisierungen gebe und kommunale Daseinsvorsorge ein Relikt vergangener Zeiten sei, wie die Tageszeitung *Berliner Morgenpost* am 21. Mai 2002 vermeldete: Der Senat solle sich doch endlich von seinem Unternehmensbesitz trennen, denn das Land halte seine Anteile schließlich „unter anderem wegen der Idee, die Kontrolle darüber zu behalten, wer die Bevölkerung versorgt – eine Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert“.

Schließlich gingen 1999 nach einem internationalen Investorenauswahlverfahren durch die Investmentbank Merrill Lynch 49,9 Prozent der Betriebs-Anteile der Berliner Wasserwerke für 1,687 Mrd. Euro an ein Konsortium des deutschen RWE-Konzerns und der französischen Vivendi – heute Veolia, die zweit- und drittgrößten Wasserkonzerne der Welt. Zunächst war auch noch der Allianz Versicherungskonzern beteiligt, der sich aber 2002 aus dem Geschäft zurückzog und seine Anteile zu gleichen Teilen an RWE und Vivendi verkaufte. Es entstand die Berlinwasser Holding AG, unter deren Dach die Berliner Wasserbetriebe als Anstalt des öffentlichen Rechts mit anderen - zuvor aus den BWB ausgegliederten – Gesellschaften zusammengefasst wurden. Sowohl an der Holding als auch an den Wasserbetrieben hält das Land Berlin bis heute 50,1 Prozent. Finanzsenatorin Fugmann-Heesing stilisierte diese Holding zu einem Modell mit „bundesweitem Pilotcharakter“, während Wirtschaftssenator Wolfgang Branoner (CDU) eine „hervorragende Ausgangsposition“ erkannte, um die „enormen Wachstumspotenziale“ im Ausland zu nutzen. Der damalige Bürgermeister Eberhard Diepgen gratulierte den beiden Senatoren noch während der Senatssitzung zu diesem „Privatisierungs-Meisterstück“.

Die Mehrzahl der Berliner Abgeordneten haben die näheren Vertragsbestimmungen offensichtlich bis heute nicht zur Kenntnis genommen oder sie ignorierten bewusst die offensichtlich drohenden bzw. bereits eingetretenen negativen Folgen für das Land Berlin und die Verbraucher. Ansonsten hätten sie der Novellierung des Teilpri-

vatisierungsgesetzes, welches die Gewinngarantie für die Konzerne weiter fest-schreibt, im Dezember 2003 niemals zustimmen dürfen.

### ***Eine verheerende Bilanz***

Verbunden mit der Teilprivatisierung war eine Reihe ehrgeiziger Pläne unter dem Dach der neu geschaffenen Berlinwasser Holding. Diese endeten nicht nur fast vollständig in einer Serie von Pleiten, sondern kamen die Steuerzahlenden des Landes Berlin zusätzlich teuer zu stehen.

Schon im Jahre Fünf nach der Teilprivatisierung stützt sich die Gesellschaft, die zunächst als Holding vier strategische Geschäftsfelder (Betriebe, International, Multi Utility und Dienstleistungen) umfasste, nur noch auf ihr Kerngeschäft, die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Berlin und alle wassernahen Dienstleistungen, die damit verbunden sind:

- Die 2001 gegründete Tochtergesellschaft **Avida** GmbH, mit der die Holding ins Multi-Utility-Geschäft (siehe Kasten) einsteigen wollte, war ein „Schlag ins Wasser“, wie die Berliner Morgenpost im Dezember 2001 titelte. Bereits nach wenigen Wochen mußte die Gesellschaft wegen mangelnder Nachfrage an Komplettangeboten von Strom und Telefon abgewickelt werden.
- Auch die **Berlikomm** konnte nicht annähernd die prognostizierten Erfolgsergebnisse erzielen. In den Zusatzvereinbarungen zur Teilprivatisierung hatte es geheißen: *„Außerdem haben sich die Investoren verpflichtet, in der BerliKomm Telekommunikationsgesellschaft mbH bis zum 31. Dezember 2009 unter bestimmten Bedingungen 700 neue Arbeitsplätze zu schaffen.“* Laut Jochen Esser, dem finanzpolitischen Sprecher der Grünen, hatte der Telekommunikationsanbieter bis 2002 über 100 Millionen Euro Verluste angehäuft. Erst langsam befindet sich die Gesellschaft auf dem Weg in die schwarzen Zahlen. An neue Arbeitsplätze war nicht zu denken, die Berlikomm wurde im Juli 2004 an den niederländischen Telekommunikationskonzern Versatel für knapp 35 Millionen Euro verkauft. Von den 160 Arbeitsplätzen sollen 150 bis zum Jahre 2005 gesichert bleiben. Um diesen Verkauf zu ermöglichen, hatten die Gesellschafter, sprich RWE/Veolia und das Land Berlin, 150 Millionen Euro der aufgelaufenen Schulden übernehmen müssen.
- Das größte Sorgenkind der Holding stellte von Beginn an die Müllverwertungsgesellschaft **SVZ** „Schwarze Pumpe“ dar. Im Juli 2000 meldete die Berlinwasser Gruppe den Verkauf der SVZ an den US-amerikanischen Konzern Global Energy. Mit dem Erlös sollten laut Vorstand „erhebliche finanzielle Ressourcen für

strategische Investitionen in die Kerngeschäftsfelder des Konzerns“ freigesetzt werden. Dummerweise blieb der US-Konzern den ausgehandelten Preis von 107 Mio. Euro schuldig. Der Deal platzte. Trotzdem wurde der Verkaufserlös im Geschäftsbericht der Holding für das Jahr 2000 als außerordentlicher Ertrag verbucht und anteilig an die Aktionäre ausgeschüttet, sowie die SVZ-Kredite ausgebucht. Dadurch war klar, dass die Bilanz der Holding für 2001 entsprechend schlecht ausfallen würde – allein das SVZ schlug mit 385 Mio. Euro negativ zu Buche. Um die drohende Insolvenz der Holding zu verhindern, haben sich RWE/Vivendi (Veolia) und der Berliner Senat darauf verständigt mit einer Bürgschaft in Höhe von 316 Mio. Euro frisches Geld in das Unternehmen zu pumpen. Eine Hälfte davon – 158 Mio. Euro - hatte der Berliner Senat aufzubringen. Ein „verlorener Zuschuss“, wie Jochen Esser seinerzeit bemerkte. Im Juli 2002 wurde die SVZ schliesslich für einen Euro verkauft.

### **Fragwürdige Subventionen**

Zu den Zusicherungen der privaten Investoren gehörte laut Vertrag, *„dass die RWE-Gruppe und die VIVENDI-Gruppe Unternehmenszentralen, Firmensitze und Niederlassungen zum Teil namhafter Unternehmen nach Berlin verlegen. Durch die Verlegung dieser Firmensitze und Niederlassungen entstehen bis zum 31. Dezember 2000 mindestens 330 Arbeitsplätze, bis zum 31. Dezember 2002 530 Arbeitsplätze und bis zum 31. Dezember 2004 730 Arbeitsplätze.“* Tatsächlich verlagerte Vivendi den Sitz des Tochterunternehmens **Universal Music** 2001 von Hamburg nach Berlin. 500 Beschäftigte mußten nach Berlin umziehen und die Konzerne hatten fürs erste ihre Schuldigkeit getan. Der Clou an der Geschichte ist jedoch, dass der Umzug der Vivendi-Tochter von der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH mit rund 17,9 Millionen Euro gefördert wurde. Eine hohe öffentliche Subvention für die Einhaltung privater vertraglicher Verpflichtungen gegenüber dem Staat, die von Wirtschaftsminister Branoner als großer Erfolg gefeiert wurde.

Gute Geschäfte macht die Holding auch mit ihrer Tochtergesellschaft „Berlinwasser Personalservice GmbH“. Mit der im Mai 2000 gegründeten Gesellschaft, die heute **Perdie.net** heißt, ist der Einstieg in die Leiharbeitsbranche gelungen. Perdie.net übernimmt unter anderem Jugendliche, die zuvor bei den Berliner Wasserbetrieben ihre Ausbildung absolviert haben, und verleiht diese entweder zurück an die Was-

serbetriebe oder an Fremdfirmen. Die Arbeitskraft wird so billiger und wurde zudem vom Arbeitsamt Berlin-Mitte mit 130.000 Euro im Jahr 2002 subventioniert.

### **„R+2“ - die Zauberformel der Gewinngarantie**

Der „Knüller“ für die privatwirtschaftlichen Konzerne ist jedoch die mit dem Senat vereinbarte Gewinngarantie.

Mit einem Umsatz von über einer Milliarde Euro und einem Gewinn von rund 83 Millionen Euro waren die Berliner Wasserbetriebe 1997 das Juwel der kommunalen Betriebe, an dem auch das Land Berlin gut verdiente. 1997 beliefen sich die Einnahmen durch die Wasserbetriebe auf 168 Mio. Euro.

Heute kommen, trotz einer Beteiligung von 50,1% an der Berlinwasser Holding, die Einnahmen aus dem Berliner Wasser nicht mehr dem Land Berlin zugute. Von 2000 bis 2003 verdienten RWE und Veolia 287 Millionen an der Berlinwasser Holding, während das Land auf einem bilanzierten Verlust von 10 Millionen Euro sitzen blieb. Z.B. ging das Land Berlin im Jahr 2000 durch die beschriebene Pleite der Tochtergesellschaft Schwarze Pumpe (SVZ) nahezu leer aus. Dank der vertraglich garantierten Kapitalverzinsung konnten die privaten Gesellschafter gleichzeitig rund 132 Millionen Euro einstreichen. Die Zauberformel für den Gewinn der Konzerne für die vertraglich festgelegten 28 Jahre lautet R+2, oder in Worten:

#### **Garantierter Gewinn ist gleich Rendite plus zwei Prozent.**

Dieser Passus findet sich im §3 Abs. 4 des Teilprivatisierungsgesetzes (TPrG), welches im Dezember 2003 durch das Abgeordnetenhaus novelliert worden ist. Danach bemisst sich die Rendite „R“ nach der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bezogen auf die jeweils letzten 20 Jahre. Für 2004 entspricht das 6 Prozent. Auf die werden dann gemäß des TPrG noch bis zu zwei Prozent aufgeschlagen, was in der Summe rund 8 Prozent entspricht. Obwohl der Zuschlag von 2 Prozent vom Berliner Verfassungsgericht 1999 als nichtig erklärt worden war, ist das Land Berlin nach § 23 Abs. 7 des Konsortialvertrages mit den Konzernen verpflichtet, die aus diesem Urteil entstandenen Nachteile auszugleichen. Diese Rendite für die privaten Investoren bezieht sich zudem nicht auf den Kaufpreis von 1,687 Mrd. Euro, sondern auf das betriebsnotwendige Kapital, welches heute 3,3 Mrd. Euro beträgt. „Dieses ist aber keine feststehende Größe. Es wächst durch eine Neubewertung der Grundstücke und Immobilien“, wie Gerlinde Schermer vom Donners-tagskreis der SPD feststellt. Der Rechtsanwalt Groth warnte am 20. November 2003

als Sachverständiger die Berliner Abgeordneten: „Das Klärwerk Ruhleben – jetzt eine willkürliche Zahl -, das heute vielleicht einen Anschaffungsrestwert von 100 Millionen € hat, hat aber einen Wiederbeschaffungszeitrestwert von, sagen wir 150 Millionen €, weil es heute teurer ist als vor 20 Jahren so etwas zu bauen. (...) Das führt dazu, dass der Kunde, der bisher 100 Millionen Euro betriebsnotwendiges Kapital für Ruhleben verzinst hat, plötzlich Zinsen für 150 Millionen € zahlen muß. (...) Dieser Fehler im Gesetzentwurf führt meiner Meinung nach, wenn man die Grundsätze des Verfassungsgerichtsurteils anwendet, wiederum zur Verfassungswidrigkeit ...“.

Im Kern ging es also um zwei Schachzüge: Zum einen sollte abgesichert werden, dass auch ohne Neuinvestitionen jedes Jahr die Berechnungsgrundlage für die garantierten Gewinne automatisch wachsen sollte; zum anderen wurde eine Vereinbarung getroffen, die explizit den Auftrag des Berliner Verfassungsgerichtes umgeht. Trotz aller Bedenken und Unwägbarkeiten wurde im Dezember 2003 das Teilprivatisierungsgesetz (TPrG) durch eine Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus mit diesen Klauseln verabschiedet.

Durch diese Verfahrensweise sind enorme Gebührenerhöhungen vorprogrammiert. Die Preissteigerung von 15 Prozent ab 1. Januar 2004, die für einen kleinen privaten Haushalt etwa 100 Euro Mehrbelastung im Jahr ausmachen, hätte eigentlich das Doppelte betragen sollen. Dies hätte jedoch einen politischen Imageschaden bedeutet, so dass es der Senat vorzog in die Trickkiste zu greifen, indem er auf eine geplante Konzessionszahlung der Wasserbetriebe verzichtete. In der Konsequenz entgehen dem Berliner Stadthaushalt, nicht zuletzt durch die Gewinngarantie für RWE und Veolia, jährlich knapp 54 Millionen Euro Einnahmen.

Preissenkungen durch Privatisierung? Im Gegenteil, auch wenn die Finanzsenatorin Fugmann-Heesing 1999 noch beteuerte: *„Wir haben hier in dem Prozess alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, dass wir über die Privatisierung zum einen das Unternehmen wirtschaftlicher machen, und dass wir langfristig auch Gebührensenkungen erreichen können.“*

Derlei Versprechungen gab es viele, unter anderem sollten Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Aber auch beschäftigungspolitisch sind die Folgen negativ. Waren vor zehn Jahren noch über 7.000 Beschäftigte bei den Berliner Wasserbetrieben zu zählen, sind es heute nur noch etwas über 5.000. Norbert Oettl, der im Januar 2004 verstorbene frühere Gesamtpersonalrats-Vorsitzende der BWB, ging vor zwei Jahren davon aus, dass bis Ende 2007 nur noch 3.500 Mitarbeiter beschäf-

tigt sein würden. Aufgrund geringerer Ausgaben für die Instandhaltung des Leitungsnetzes gingen nach Angaben des SPD-Abgeordneten Hans-Georg Lorenz zusätzlich noch 8.000 Arbeitsplätze bei lokalen und regionalen Zulieferbetrieben verloren.

Bemerkenswert ist an der aktuellen Situation (Mitte 2004), dass sich seit den letzten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus die Mehrheitsverhältnisse verändert haben und die PDS seit 2002 mit der SPD den Senat und mit Harald Wolf den Wirtschaftsminister stellt. Die einstige PDS-Opposition bemüht sich heute nur noch um spitzfindige Formulierungen zur Legitimation verfassungsrechtlich fragwürdiger Verträge und einer Politik, die die Rendite der Konzerne auch weiterhin sichert: „Der Mechanismus, wie man mit diesem Vertrag umgeht“, so der PDS-Abgeordnete Klaus Lederer, „wird durch reale Kräfteverhältnisse bestimmt. Diese bestehen erstens aus den Finanzen, die das Land hat, zweitens aus der rechtlichen Verhandlungsposition und drittens aus der gesellschaftlichen Stimmung, die in der Stadt existiert. Bisher kenne ich den erklärten politischen Willen zur Rückabwicklung nicht.“

#### ***Es geht auch anders – das Beispiel Potsdam***

Leider wird das Thema Rückabwicklung auch weder von der PDS noch von der Mehrheit der SPD aktiv promoviert, lediglich in der linken SPD-Minderheit ist ein politischer Wille zur Rückabwicklung zu erkennen. In einem Interview erklärte Gerlinde Schermer (linken SPD-Minderheit), warum der Rückkauf der Wasserbetriebe nicht nur gesellschaftlich, sondern auch haushaltspolitisch sinnvoll wäre: *„Die volkswirtschaftliche Bilanz wird von den Befürwortern der Privatisierung absichtlich nicht vorgenommen, weil die negativ ausfällt. Aber auch die betriebswirtschaftliche Bilanz fällt in weiten Teilen schlecht aus. Positiv ist nur die Bilanz der Gewinne bei den Konzernen. (...) Der Rückkauf würde rund zwei Milliarden kosten. Bei einem Darlehen mit vier Prozent kommen wir immer noch billiger weg als mit den acht Prozent, die das Land an vertraglich festgelegter Rendite an die Konzerne zahlen muß.“*

Bislang stehen Schermer und der Donnerstagskreis der SPD mit ihrer Forderung nach Rückkauf recht allein auf dem politischen Parkett Berlins. Dass dieser Zustand nicht so bleiben muß, beweist ein Besuch in der nahe gelegenen Landeshauptstadt Brandenburgs, Potsdam, wo vorexerziert wurde, wie einfach das funktionieren kann: In Potsdam waren von den privaten Betreibern der Wasserbetriebe noch weit höhere

Preisaufschläge angekündigt worden als in Berlin. Die Stadt ließ sich daraufhin nicht lange bitten und machte die Privatisierung kurzerhand rückgängig. Nach nur zweijähriger Zusammenarbeit wurde Ende 1999 die Kooperation mit Eurawasser, einer Tochtergesellschaft des RWE-Konzerns gekündigt. "Innerhalb von 17 Jahren wollte Eurawasser die Gebühren um 100 Prozent erhöhen - trotz sinkendem Wasserbedarf", begründete Karsten Zühlke von der Geschäftsführung des Wasserbetriebs Potsdam diesen Schritt. Da könne man die Arbeit alleine günstiger machen. Die Stadt Potsdam erklärte zu der Vertragsauflösung, dass ein Privatunternehmen wie Eurawasser grundsätzlich Gewinne erzielen wolle und deshalb sei es zu unterschiedlichen Auffassungen bei der Gebührenkalkulation gekommen. Wie hoch die Abfindung für den Konzern ausfiel, ist allerdings nicht verraten worden.

### *Zur Geschichte des ersten privaten Wasserunternehmens in Berlin (1852 – 1873)*

#### **„Eine Gesellschaft unternehmungslustiger Kapitalisten“**

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde in Berlin über Pläne für eine städtische Wasserversorgung beraten. Die Vorschläge waren allerdings entweder zu teuer, nicht realisierbar oder zu klein ausgelegt. Erst 1852 – andere europäische Großstädte besaßen schon längst eine zentrale Wasserversorgung – erhielten die englischen Unternehmer Charles Fox und Thomas Russel Crampton den Zuschlag zur Wasserversorgung der Stadt Berlin.

Vorausgegangen war eine Besichtigung der Wasserwerke in England durch den königlichen Branddirektor Ludwig Scabell, die der zuständige Polizeipräsident Carl Ludwig von Hinckeldey veranlaßt hatte. Diesem eifrigen Polizeipräsidenten ist es zu verdanken, dass gegen die Bedenken des Berliner Magistrats bereits 1853 der Grundstein für das erste Berliner Wasserwerk vor dem Stralauer Tor gelegt werden konnte, welches am 1. Juli 1856 offiziell den Betrieb aufnahm. Maßgebliche Unterstützung hatte Hinckeldey in sehr direkter Weise vom König erhalten, der per Anordnung den Vertrag mit Fox und Crampton bestimmte. Um den Magistrat wohlgesonnen zu stimmen, sollten die Interessen der Stadt in dem Vertragswerk über die „Versorgung der Stadt Berlin mit fließendem Wasser“ gebührende Berücksichtigung finden. Über die Interessenslage gab es allerdings grundverschiedene Vorstellungen. Durch eine Beteiligung an der Unternehmensleitung sollte nach Meinung des Magistrats der städtische Einfluß auf den Bau und Betrieb der Wasserversorgung gewährleistet sein und zudem vorzugsweise inländische Unternehmen und einheimische Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden.

#### **Königlich garantierte Gewinne**

Der Vertrag, der schließlich am 14. Dezember 1852 zwischen Fox und Crampton auf der einen Seite und dem Königlichen Polizeipräsidenten Herrn von Hinckeldey auf der anderen unterzeichnet wurde, sah indes keinerlei Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Stadtverwaltung vor. Vielmehr sollten ein Staatskommissar samt technischem Beamten sowie ein Generalbevollmächtigter der Unternehmer für Verhandlungen mit dem Preußischen Staat berufen werden. Vertraglich festgeschrieben wurde zudem ein höchster, durch die Wasserpreise zu regulierender Reingewinn von 15 Prozent,

das Privileg der Wasserlieferung für die nächsten 25 Jahre sowie der besondere Schutz aller Angelegenheiten der englischen Unternehmer durch die preußische Regierung.

In einer 1857 veröffentlichten Werbebroschüre der inzwischen als „Berlin Waterworks Company“ firmierenden Wasserbetriebe wurde das Szenario wie folgt zusammengefaßt:

*„Was von dem größeren Theile des Publikums, zum erheblichen Schaden desselben, gewiß erst nach Jahren als ein wirkliches Bedürfnis empfunden worden wäre, das erfaßte mit zwingender Gewalt den Geist eines einsichtsvollen und willenskräftigen Mannes, des Herrn von Hinckeldey. Eingedenk seiner Pflichten als oberster Chef der Gesundheitspolizei und nicht irre geführt durch die große Anzahl der Brunnen, unterwarf derselbe die hiesige Wasserversorgung einer scharfen und umfassenden Untersuchung durch Sachverständige; und so wurde zum Theil ermittelt und festgestellt, was wir in unserer obigen Auseinandersetzung mit ziemlicher Ausführlichkeit dargelegt zu haben glauben. Dies genügte, um den Entschluß zu erzeugen, daß ein als so unschön und unheilvoll sich ergebender Zustand um jeden Preis verbessert werden müsse; und bald hatte sich eine Gesellschaft unternehmungslustiger Kapitalisten gefunden, die in der Hoffnung auf einen dereinstigen Gewinn, und im Vertrauen darauf, daß sie bei ihrem das Wohl der Einwohner so erheblich fördernden Unternehmen stets den Schutz und die Unterstützung der Behörden zur Seite haben würden, auf eigenes Risiko die Stadt mit einem ihren Verhältnissen entsprechenden, und nach den neuesten Regeln der Kunst und Wissenschaft geordneten System der Wasserzuführung versehen wollten.“*

#### **Schwere Gefahr für das öffentliche Wohl**

Der erhoffte Gewinn stellte sich für die „unternehmungslustigen Kapitalisten“ nicht sofort ein. Zu groß war die Gewöhnung der Bevölkerung an die Versorgung durch die rund 5.600 für alle gut erreichbaren Brunnen in der Stadt. Ein Jahr nach Aufnahme des Betriebs waren gerade 314 Häuser an die Wasserversorgung angeschlossen, 1859 stieg die Zahl immerhin auf 1141 Häuser an und die Waterworks konnten erstmalig einen geringen Gewinn verzeichnen. In den 60er Jahren stieg dieser rasant an, so dass die Gesellschaft ab 1868 Dividenden von über 9% auszahlte. Trotz der positiven Entwicklung der Profite, sah sich das Unternehmen nicht in der Pflicht, weitere Investitionen zu tätigen außer der, die Kapazität des Werks am Stra-

lauer Tor durch Erweiterungen dem wachsenden Wasser- und Profitbedarf anzupassen. Für höher gelegene Stadtviertel waren diese Maßnahmen allerdings nicht ausreichend, da der Wasserdruck zu schwach war. Für den notwendigen Ausbau des Versorgungsnetzes forderte die Gesellschaft mehrfach eine Vertragsverlängerung um 25 Jahre, was die Stadt regelmäßig ablehnte. Vielmehr ließ der Magistrat seit 1868 prüfen, zu welchen Bedingungen die Wasserwerke von der Stadt übernommen werden könnten. Der Magistrat argumentierte vor allem mit der Sorge um die in der Stadt lebenden Menschen. Der Vertrag mit der Waterworks Company hätte *„im Laufe der Zeit eine schwere Gefahr für die Gesundheit und damit das öffentliche Wohl herbeigeführt. Dadurch, daß einerseits die Gesellschaft der Wasserwerke nicht verpflichtet ist, ihre Anlagen weiter auszudehnen und ihr andererseits die Behörden versprochen haben, jede Anlage ähnlicher Art zu hindern, ist die Folge entstanden, daß nur die Wohnungen von 250.000 Einwohnern Berlins mit fließendem Wasser versehen sind, während 450.000 dieser Wohltat entbehren.“*

Viel schwerwiegender als der niedrige Anschlußgrad der Bevölkerung wog das weiterhin existierende Problem der Abwasserentsorgung. Allein die Bereitstellung von Wasser für die Spülung der Rinnsteine hatte die hygienische Situation nicht gebessert – im Gegenteil, vielerorts war es noch schlimmer geworden und eine neuerliche Choleraepidemie hatte die Stadt 1866 heimgesucht. Dies dürfte die Entscheidung beschleunigt haben, 1867 eine Kommission von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten unter der Leitung von Rudolf Virchow (siehe Kasten) einzusetzen, die die Planung für eine Kanalisation vorbereiten sollte. Es war kein Zufall, dass mit Virchow ein Arzt die Leitung dieser Kommission übernahm, waren es doch gerade Mediziner gewesen, die seit Jahren auf die miserablen Lebensverhältnisse in den Arbeitervierteln der Stadt hingewiesen hatten.

#### *Nachhaltige städtische Wasserwirtschaft seit 1873*

Zum entscheidenden Jahr für das Entstehen des bis heute vorbildlichen Wasserversorgungs- und Entsorgungssystems sollte das Jahr 1873 werden. Der Magistrat und die Berlin Waterworks Company unterzeichneten am 31. Dezember 1873 den Kaufvertrag über die Wasserwerke mit sämtlichem Zubehör. Für das englische Unternehmen war der Verkauf ein einträgliches Geschäft: Von der Kaufsumme von 8.375.000 Talern entfielen allein 4.615.000 Taler auf die geschätzte entgangene Dividende bis 1881, dem Ende der Laufzeit des ursprünglichen Vertrags.

Gleichzeitig hatte der Magistrat bereits am 6. März 1873 den Bau der Abwasserkanalisation entschieden. Der erste Spatenstich für das 12 Entwässerungskreisläufe umfassende Radialsystem erfolgte bereits am 14. August des gleichen Jahres. Durch natürliches Gefälle wurden die Abwässer eines Gebietes durch Kanäle zusammengeführt. An der tiefsten Stelle, wo die Abwasserkanäle zusammentrafen, entstanden Pumpwerke, die das Abwasser mittels gewaltiger Maschinen auf Rieselfelder drückten. Hier fand die Reinigung des Brauchwassers statt. Eigens hierfür wurde die Stadt zum Großgrundbesitzer, denn sie mußte ehemalige Rittergüter aufkaufen – bis 1890 entsprachen diese Güter 11.500 ha -, die gleichzeitig auch landwirtschaftlich genutzt wurden.

Die Bauzeit des ersten Radialsystems betrug etwas über vier Jahre und umfaßte 80 km Kanallänge. 1909 ging das letzte der 12 Teilsysteme in Betrieb. Insgesamt waren bis dahin 1.029 km unterirdischer Kanäle angelegt worden und 31.000 Grundstücke an die Entwässerung angeschlossen. Je nach Kanalhöhe – die von 0,2 bis zu 2 Metern betragen konnte - schaffte eine Maurerkolonne zwischen 3 und 30 Metern Leitung am Tag. Wie die oberirdischen Gebäude, so wurden auch die unterirdischen Kanäle äußerst solide und geradezu liebevoll gebaut und waren auf Langlebigkeit ausgelegt. Um diese hohe Qualität zu gewährleisten gehörte zu den städtischen Vorgaben, dass die Bauarbeiten unter ständiger Aufsicht durch Beamte auszuführen waren und die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen ausgeschlossen war. Das erste Kapitel privater Wasserwirtschaft war in Berlin endgültig geschlossen. Stinkende Rinnen und Epidemien gehörten der Vergangenheit an und die Worte Virchows in seinem Gutachten zur Einführung der Kanalisation fanden ihre Umsetzung: „Staat und Stadt erhalten ihren Wert nur durch die Menschen und ihre Arbeit. Aller Reichtum, alle Bedeutung der Stadt wie des Staates beruht in letzter Instanz auf der Tätigkeit ihrer Bewohner. Kann es daher einen größeren Verlust geben als den Verlust an Menschenleben? Man braucht sich gar nicht auf den humanen oder christlichen Standpunkt zu stellen, rein volkswirtschaftlich betrachtet, sind Krankheit und Tod für die Familie wie für die Gemeinde und den Staat Unglücksfälle. Sie soweit als möglich fernzuhalten ist eine der ernstesten Aufgaben, welche nur da verkannt werden kann, wo Menschenleben überhaupt nichts Wert sind. [...] Der Staat, welcher die allgemeine Bildung anstrebt, sollte auch die allgemeine Gesundheit anstreben. Erst Gesundheit, dann Bildung. Kein Geld ist rentabler angelegt als dasjenige, welches für die Gesundheit aufgewendet wird.“

*Trübe Aussichten – die Kosten von Wasserprivatisierung für die Natur*  
Michael Weber, Forum Umwelt und Entwicklung, AK Wasser

Es passt einfach nicht zusammen: möglichst große Gewinne in möglichst kurzer Zeit zu erzielen und zugleich für die Zukunft vor zu sorgen. Das gilt gerade auch für die Wasserwirtschaft.

Nun ist es nicht so, dass private Unternehmen, sobald sie die Regie übernehmen, die Wasserressourcen sofort rücksichtslos ausbeuten. In den fünf Jahren seit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe haben sich weder der Zustand des Berliner Grundwassers noch der von Havel und Spree, Wann- und Müggelsee nennenswert verschlechtert. Schließlich gelten Gesetze zum Schutz unseres Wassers, wie das Wasserhaushaltsgesetz oder das Berliner Wassergesetz, auch für private Wasserversorger. Hinzugekommen ist im Dezember 2000 die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union, in der es heißt: *„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“* Die gute Trinkwasserqualität in Berlin, die sichere Wasserversorgung aus stadteigenem Gebiet – eine Besonderheit für Großstädte – oder die hohen Umweltstandards scheinen von staatlicher Seite ausreichend geschützt zu sein.

Und doch werden wir über kurz oder lang einsehen müssen, dass es besser wäre, unser Wasser gemeinwohl- und nicht profitorientiert zu bewirtschaften. Die Berliner Wasserbetriebe werden sich mehr und mehr auf ihre profitablen Tätigkeiten konzentrieren; Maßnahmen, die „nur“ der Umweltvorsorge dienen, werden sie nach und nach einstellen – es sei denn, das Land Berlin kauft diese als Umweltdienstleistungen teuer ein.

Das zeichnet sich bereits an der Auswahl der Orte ab, wo die Berliner Wasserbetriebe in Zukunft ihr Wasser fördern wollen und wo nicht: vorzugsweise in den Wäldern Berlins und im Umland der Berliner Seen, wo von Natur aus sauberes Wasser kostengünstig in großen Mengen gewonnen werden kann, zum Beispiel im Spandauer Forst (Wasserwerk Spandau, maximale Leistung 160.000 m<sup>3</sup>/Tag), im Grunewald (Beelitzhof, 180.000 m<sup>3</sup>/Tag) oder im Südosten der Stadt rund um den Müggelsee (Friedrichshagen, 220.000 m<sup>3</sup>/Tag). Doch gerade in diesen grünen Oasen Berlins befinden sich wertvolle Feuchtbiotope, die nur solange ökologisch intakt sind, wie das Grundwasser nahe der Bodenoberfläche steht. So drohen die in Berlin noch vorhandenen Moore infolge von Grundwasserabsenkungen auszutrocknen, bei-

spielsweise die Krumme Lake oder das Teufelsmoor in Köpenick. Das Wasserwerk Friedrichshagen hat die Leistung seiner Brunnen an der Krummen Lake Mitte der 90er-Jahre zurückgefahren und die bedrohten Moorpflanzen haben sich langsam erholt; zum Wohle der Natur darf hier also nicht wieder mehr Wasser gefördert werden.

Die Berliner Wasserbetriebe legen ihre Wasserwerke dort still, wo es teurer ist, Wasser zu fördern. Seit 1990 wurden sieben, vor allem kleinere Wasserwerke stillgelegt. Zuletzt wurden im Jahr 2001 die beiden Wasserwerke Johannisthal (Trinkwasserförderung 20.000 m<sup>3</sup>/Tag) und Jungfernheide (50.000 m<sup>3</sup>/Tag) vom Netz genommen. Angesichts des kontinuierlich sinkenden Wasserverbrauchs in Berlin haben man die Werke schließen wollen, um die verbleibenden neun Wasserwerke „effektiver“ betreiben zu können, vermeldeten die Berliner Wasserbetriebe. Weil das Land Berlin aber befürchtete, dass durch steigende Grundwasserpegel Vernässungsschäden an den umliegenden Häusern auftreten könnten, werden in Johannisthal weiterhin rund 27.000 m<sup>3</sup> Wasser am Tag gefördert, allerdings nun um es in den Teltowkanal bzw. in die Spree abzuleiten. Stiege das Grundwasser hier plötzlich an, würden außerdem industrielle Altlasten in der Nähe des Wasserwerkes Johannisthal das Grundwasser verschmutzen. Aus der Trinkwassergewinnung ist hier eine Umweltdienstleistung geworden, für die nun das Land aufzukommen hat. Es ist zu befürchten, dass langfristig Wasserschutzgebiete aufgegeben und Grundwasserressourcen unwiderruflich der Verschmutzung preisgegeben werden.

Berlin, November 2004

## Anhang:

### A. Erläuterungen

### B. Tabellen

### C. Literaturhinweis

---

#### A. Erläuterungen:

##### Annette Fugmann-Heesing – Protagonistin der Privatisierung in Berlin

Die 1955 geborene SPD-Politikerin ist gelernte Juristin und war von 1985 bis 1991 Stadtkämmerin in Herford bevor sie unter dem heutigen Bundesfinanzminister Hans Eichel Finanzministerin in Hessen wurde. 1994 trat sie vor dem Hintergrund eines Filzskandals um die *Lotterie Treuhand GmbH/Wiebaden* von diesem Posten zurück. 1996 wechselte sie in das Amt der Senatorin für Finanzen in Berlin. In dieser Funktion forcierte Fugmann-Heesing die Privatisierungspolitik in der Hauptstadt und wurde zugleich Mitglied des Aufsichtsrats der skandalumwitterten Berliner Bankgesellschaft. Bis zum Jahr 2000 „kontrollierte“ die Senatorin das ruinöse Geschäftsgebahren dieser Gesellschaft und kann sich im nachhinein an keinerlei Unregelmäßigkeiten erinnern.

Die vom Verteidigungsministerium gegründete *Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb* (GEBB) war das nächste Tätigkeitsfeld der Juristin. Als Geschäftsführerin der GEBB war sie für die Privatisierung von Liegenschaften der Bundeswehr und damit für einen Teil der Umstrukturierung der militärischen Einrichtungen zuständig. Die anvisierten Erlöse von 500 Millionen Euro wurden unter Fugmann-Heesing nicht annähernd erreicht. In die öffentliche Kritik geriet die GEBB zudem durch die Vergabe von Millionen schweren Beratungstätigkeiten an die Beratungsgesellschaft *Roland Berger*, die europaweit hätten ausgeschrieben werden müssen. Ihre Tätigkeiten und das Ausscheiden aus der Gesellschaft zum Jahresende 2001 soll sich die Politikerin mit einem Jahresgehalt von rund 600.000 DM sowie einer Abfindung in gleicher Höhe honoriert haben.

Neben ihrer Tätigkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin arbeitete die Sozialdemokratin seit September 2002 für die Berliner Beratungsdienste (BBD) ihres

Parteikollegen, dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe. Ein Schwerpunkt der Beratungstätigkeit der BBD war die Neuordnung von Unternehmen der Städte und Kommunen, sprich die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, z.B. von Wasserbetrieben.

Quelle: u.a. Rundfunk Berlin Brandenburg: Sendung Klartxt vom 21.4.04, "Uferlos: Wasserpreise in Berlin künstlich hochgehalten"

<http://www.rbb->

[online.de/\\_fernsehen/magazine/beitrag\\_jsp/key=rbb\\_beitrag\\_400337.html](http://www.rbb-online.de/_fernsehen/magazine/beitrag_jsp/key=rbb_beitrag_400337.html)

### Was bedeutet Multi-Utility ?

Multi-Utility bezeichnet die umfassende Versorgung mit leitungs- bzw. netzgebundenen Gütern, d.h. die Bereitstellung von Strom, Gas und Wasser aus einer Hand. Auf Grund einheitlicher Abrechnungssysteme beim Service und bei der Wartung sowie durch Neubau von Infrastruktur in Form kombinierter Rohrleitungen, entstehen für Großkonzerne dieser Sparte Synergien, die kostendämpfend wirken und enorme Gewinnspannen versprechen. Multi-Utility wird durch diesen Effekt sowohl national als auch international als Wachstumsmarkt eingeschätzt. RWE ist einer der deutschen Multi-Utility-Giganten, der von den Marktanteilen und vom Umsatz her im internationalen Vergleich auf einem der vorderen Plätze landet.

### Die traurige Bilanz der Teilprivatisierung

- zum 1. Januar 2004 stiegen die Wassergebühren um 15 Prozent
- die Gebührenerhöhung wäre um weitere 15 Prozent höher ausgefallen, hätte der Berliner Senat nicht auf die Konzessionsabgabe verzichtet
- für 2005 ist die nächste Gebührenerhöhung bereits angekündigt
- es wurden massiv Stellen abgebaut, weitere Stellen entfielen in Zulieferbetrieben
- Investitionen in die Instandhaltung der Infrastruktur wurden verringert
- dem Land Berlin entstehen weiterhin unkalkulierbare Kosten durch die Berlinwasser Holding, u.a. durch die Gewinngarantie
- das Land Berlin hat kaum noch Einfluß auf die Geschäftspolitik des Unternehmens
- Unternehmensziel ist nicht mehr die kommunale Daseinsvorsorge, sondern die private Gewinnerzielung

### **Rudolf Ludwig Karl Virchow – Protagonist für kommunale Verantwortung**

Rudolf Virchow (1821-1902) gilt als Gründer der Zellpathologie, mit der er der Medizin eine neue Basis gegeben hat. Seine wissenschaftliche Tätigkeit erstreckte sich aber auch auf die Anthropologie und die Prähistorie. Auf Virchow geht aber auch die

Prägung der Medizin als "soziale Wissenschaft" zurück, die sich auch politisch zu artikulieren habe. Und das tat der Mediziner Zeit seines Lebens.

*"Wer kann sich darüber wundern, dass die Demokratie und der Socialismus nirgend mehr Anhänger fand, als unter den Aerzten? Dass überall auf der äußersten Linken, zum Theil an der Spitze der Bewegung, Aerzte stehen? Die Medicin ist eine sociale Wissenschaft, und die Politik ist weiter nichts, als Medicin im Grossen."* Nach diesem Grundsatz agierte der Arzt auch als Abgeordneter: Neben seiner 43-jährigen Mitgliedschaft in der Berliner Stadtverordnetenversammlung war er fünf Jahre lang Mitglied des Preußischen Landtags und 13 Jahre lang Mitglied des Deutschen Reichstags, wo er zu den heftigsten Widersachern Bismarcks gehörte. Nach einem scharfen Rededuell 1865 forderte Bismarck Virchow sogar zum Duell. Virchow lehnte ab und Bismarck zog seine Forderung nach der Vermittlung des Kriegsministers zurück.

Bereits auf den Barrikaden der 1848er Revolution hatte Virchow auf Seiten der Arbeiter und Handwerker gestanden und in einem Brief beklagt, dass seine Pistole nicht weit genug schießen würde. Um so weiter reichte dafür Virchows sozialpolitische Arbeit. So ist nicht nur der Bau von Parkanlagen, Kinderspielplätzen und der ersten kommunalen Krankenhäuser (deren Privatisierung ebenfalls in absehbarer Zeit zu befürchten ist) auf sein Wirken zurückzuführen, sondern auch das Entstehen der weitverzweigten Abwasser-Kanalisation.

Quelle: Fischer-Homberger, Geschichte der Medizin, Springer verlag 1975, S. 170

**B. Tabellen****Entwicklung der Investitionen und Beschäftigtenzahlen der Berliner Wasserbetriebe**

Jahr	Investitionen (in Mio. €)
1995	642
1996	529
1997	393
1998	416
1999	367
2000	288
2001	320
2002	362
2003	275
2004	Geplant 220

Jahr	Beschäftigte
1994	7145
1995	7014
1996	6737
1997	6583
1998	6413
1999	6262
2000	6116
2001	5550
2002	5391
2003	5283

Quelle: Pressemitteilungen der Berliner Wasserbetriebe zu den Lageberichten der jeweils vorherigen Jahre

Statistische Daten der Berliner WasserbetriebeQuelle: <http://www.bwb.de/deutsch/unternehmen/statistik.html>**Gewinn- und Verlustrechnung**

		<b>2003</b>	<b>2002</b>	<b>2001</b>	<b>2000</b>	<b>1999</b>
Umsatzerlöse aus						
Wasserverkauf	Mio EUR	374	363	373	381	378
Entwässerungsleistungen	Mio EUR	581	587	588	583	607
Erträge insgesamt	Mio EUR	1.202	1.114	1.155	1.132	1.169
Personalaufwand	Mio EUR	274	270	272	286	290
Abschreibungen	Mio EUR	221	212	213	213	215
Jahresergebnis	Mio EUR	116	34	-81	126	-47

**Betriebsteil Abwasserentsorgung**

		<b>2003</b>	<b>2002</b>	<b>2001</b>	<b>2000</b>	<b>1999</b>
Grundstücksanschlüsse	1000 Stück	226	223	219	203	204
Klärwerke eigene/betriebene*		4/6	5/7	5/7	5/7	5/7
Abwasserreinigung	Mio m <sup>3</sup>	230	248	238	242	231
Entwässerungsleistung	Mio m <sup>3</sup>	215	217	220	217	219
Abwasserkanäle						
Schmutzwasserkanäle	Km	4.100	4.026	4.011	3.963	3.883
Mischwasserkanäle	Km	1.894	1.930	1.887	1.886	1.887
Regenwasserkanäle	Km	3.166	3.161	3.133	3.107	3.094
Sonderkanäle	Km	68	68	68	68	68
Insgesamt	Km	9.228	9.185	9.099	9.024	8.932
Abwasserpumpwerke	Anzahl	146	146	146	145	142
Druckrohrnetz	Km	1.092	1.044	1.044	1.035	1.011

\*... für zwei Klärwerke die Betriebsführung

**Betriebsteil Wasserversorgung**

		<b>2003</b>	<b>2002</b>	<b>2001</b>	<b>2000</b>	<b>1999</b>
Wasserwerke		9	9	9	11	11
Kapazität der Werke	1.000m <sup>3</sup> /Tag	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14
Wasserförderung	Mio m <sup>3</sup> /Jahr	222	215	217	222	224
Wasserverkauf	Mio m <sup>3</sup> /Jahr	214	208	213	217	218
Rohrnetz	Km	7.82	7.81	7.80	7.78	7.75
Hausanschlüsse	1000 Stück	7	6	2	7	9
Hausanschlüsse je km Rohrnetz		257	256	254	250	250
		33	31	31	32	32

---

**C. Literaturhinweise:**

- Bärthel, Hilmar: Geklärt – 125 Jahre Berliner Stadtentwässerung. Berlin 2003
- Bärthel, Hilmar: Wasser für Berlin. Berlin 1997
- Berliner Wasserbetriebe (Hg.): Die Wasserversorgung Berlins und die neuen Wasserwerke in ihrer Bedeutung für die Häuslichkeit und das Familienwohl. Berlin 1857 (Nachdruck zum 125jährigen Bestehen der Berliner Wasserwerke, Berlin 1981)
- Helming, Stefan: Der weltweite Durst nach Wasser. In: Mitbestimmung – Magazin der Hans Böckler Stiftung, 4/2002, S. 46-49
- Kluge, Thomas/Schramm, Engelbert: Wassernöte – Umwelt- und Sozialgeschichte des Trinkwassers. Alano-Verlag, Aachen 1986
- Lanz, Klaus: Private Wasserspiele in Europa. In: Mitbestimmung – Magazin der Hans Böckler Stiftung, 4/2002, S. 36-40
- Schermer, Gerlinde: Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. In: Erkennen und Gestalten Nr. 22, Donnerstagskreis der SPD, Berlin Juni 2004
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (Hg.): Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU. Wien 2002, ([www.gdgfsg.at/news/wasser/wasser.pdf](http://www.gdgfsg.at/news/wasser/wasser.pdf))
- Zelle, Ulli (Hg.): Berlin am Meer – Eine Stadt in Ihrem Element. Bostelmann & Siebenhaar, Berlin 2000
- Geschäftsberichte und Presseerklärungen der Berliner Wasserbetriebe
- Protokolle des Abgeordnetenhaus von Berlin